

toren und ideologischen Einsichten. Eine ganz wichtige Frage scheint mir zu sein, wie lange noch der Glaube an das Genügen der Wissenschaft und des technischen Fortschrittes für das Glück des Menschen anhalten werde. Das wird von größter Bedeutung sein für Gedeih wie Verderb der Religion. Aber schließlich und endlich ist es Gott, der die Geschichte und Geschehnisse der Menschen lenkt. Von uns aber fordert er Treue und Gehorsam.

PAULUS GORDAN

## Kirche in der Welt von heute

Geschichte läßt sich kaum an Jahresringen ablesen wie das Alter eines Baumes — noch weniger an Halbjahresringen. Was „geschichtlich“ ist, kann nur aus größerem Zeitabstand erkannt werden, und selbst dann ergeben sich je verschiedene Akzentuierungen; ein Ranke etwa betrachtet Geschichte anders als ein Marx, auch wenn beide das gleiche Phänomen vor Augen hätten.

Ein Rückblick auf sechs Monate Kirchengeschichte wird darum keine echte Geschichtsschreibung sein, nicht einmal etwas, was in die einigermaßen unbestimmte Kategorie von „Zeitgeschichte“ fiele, sondern bestenfalls eine das wesentlich Scheinende auswählende Chronik dessen, was der „Kirche in der Welt von heute“ handelnd oder leidend widerfährt. Nicht alles, was in so kurzem Zeitabschnitt geschehen ist, mag geschichtlich bedeutsam sein oder in seinen Folgewirkungen werden. Anderes, das in die allgemein zugängliche Berichterstattung vorerst nicht einmal eingeht, kann sich im Gegenteil später als zukunftsbestimmend erweisen und den Zynismus derer Lügen strafen, die meinen: Worüber nicht informiert wird, das existiert nicht. Es könnte sehr wohl sein, daß den sich allmächtig dünkenden Massenmedien, auf die der Chronist freilich angewiesen ist, eines Tages vor ihrer Gottähnlichkeit bange wird —, dann nämlich, wenn der echte Historiker das Verborgene ans Licht bringt und die Wurzeln zeigt, aus denen indessen ein mächtiger Baum hervorgegangen ist.

Das vorausgeschickt, läßt sich der Versuch wagen, im Gewebe der Weltereignisse dem Einschlag und Faden nachzugehen, den die Kirche als Volk Gottes sowohl wie als Institution, als Geistleib Christi und als sein stützendes Knochengerüst, in das Geschehen je und je hineingewoben hat.

Zum Erstaunen vieler hat Paul VI. mit seinem wiederholten Hinweis auf *Wesen und Wirken des Teufels* daran zu erinnern gewagt, daß Geschichte auch von weltjenseitigen Kräften mitbestimmt wird, unter denen die personale Macht des Bösen eine geheimnisvolle Rolle spielt. Von daher gesehen, ergibt sich der Eindruck, daß die Kirche in der Welt von heute — und dieses „Heute“ meint das abgelaufene halbe Jahr — nicht nur in einem vom Konzil angebahnten Dialog mit der guten Welt Gottes steht, sondern oft genug in Abwehr und Verteidigung gegen das Böse oder gar gegen den Bösen. Das unbedrohte, im Glauben geborgene und verborgene Leben der „Stillen im Lande“, derer, die im Schweigen und Dienen Gott und den Nächsten lieben, die Kirche der Heiligen also, ist und bleibt unsichtbar. Das Auge nimmt nur die verwundbare und gefährdete Oberfläche und deren Reaktionen und Angriffe wahr.

Dabei fällt ganz allgemein auf, daß die katholischen Christen nunmehr beginnen, sich weniger als bisher vornehmlich mit ihrer Kirche als Institution kritisch oder apologetisch zu beschäftigen, sondern mehr und mehr eine umfassende Glaubensantwort auf die

Herausforderung ihrer Umwelt zu geben sich bemühen —, eine Haltung, die sie ganz von selbst den von Rom getrennten Christen näherbringt, denen Kirche weit weniger ein Problem ist als den Katholiken. Für alle Getauften stehen die großen Themen der sozialen Gerechtigkeit im nationalen und internationalen Bereich, die damit verbundene Sorge um den Frieden und um die Grundordnungen des menschlichen Daseins im Vordergrund. So fühlen sich allenthalben die Gewissen beunruhigt durch das gleichzeitig fast überall auftauchende *Problem der Abtreibung*, das von verschiedensten Seiten und mit mannigfacher Begründung aufgeworfen wird. Die Stellungnahmen sind bei aller grundsätzlichen Bejahung der Schutzwürdigkeit des menschlichen Lebens von Anbeginn notwendigerweise nuanciert. Einigkeit besteht wohl darüber, daß einerseits die einschlägigen Paragraphen des Strafrechts überprüft werden können und sollen, daß aber andererseits von seiten der Gesellschaft wie der Christen in ihr alles nur Denkbare geschehen müsse, um schwangere Frauen von den sozialen und psychischen Zwängen zu befreien, die sie zum Entschluß, das keimende Leben zu töten, drängen könnten. Allgemein wird die sogenannte Fristenlösung, wie sie etwa vom Obersten Gericht der USA bereits als rechtens erklärt worden ist, von den Christen abgelehnt; die Bischöfe der Vereinigten Staaten haben sofort zum Ungehorsam gegen Gesetze, die von dieser Freigabe inspiriert wären, aufgerufen. Andere Episkopate — z. B. in der Bundesrepublik Deutschland — sehen sich genötigt, einer eng begrenzten Indikationslösung zuzustimmen. Wieder andere kennen nur ein schroffes und unbedingtes Nein, wie etwa Italien. In dieser erhitzten Atmosphäre geht gelegentlich die Einsicht verloren, daß eventuelle Straffreiheit nicht gleichzusetzen ist mit ethischer Erlaubtheit, und daß es in unserer Zeit immer schwerer wird, die Strafgewalt des Staates zur Durchsetzung der moralischen Ordnung allemal in Dienst zu nehmen, wo sie bedroht scheint. Man wird sicher für die nächste Zukunft in vielen Ländern Konflikte zwischen Kirche und Staat befürchten müssen, in denen sich die persönlichen Gewissenskonflikte der betroffenen Personen — der Frauen sowohl wie der Ärzte und des Krankenhauspersonals — objektivieren werden.

Es kann nicht ausbleiben, daß im Zusammenhang damit das Problem der Familienplanung und der Geburtenkontrolle, das seit der Enzyklika „*Humanae Vitae*“ nicht mehr zur Ruhe gekommen ist, erneut aufgeworfen werden wird. Die Frage nach Familie und Ehe stand zeitweise sogar derart im Mittelpunkt des Interesses, daß man damit rechnen mußte, sie könnte zum Thema der nächsten römischen Bischofssynode werden. Statt dessen hat der Papst eine eigene „*Kommission für die Familie*“ berufen, bestehend aus 18 Mitgliedern, von denen 11 Laien sind, und 10 Konsultoren. Neben der Aufgabe als Dokumentations- und Informationszentrum soll diese Kommission unter der Leitung des Kardinals Maurice Roy von Québec, der auch Präsident des Laienrates und der päpstlichen Kommission „*Justitia et Pax*“ ist, die Rolle der Familie in der Gesellschaft vor der Öffentlichkeit vertreten und sie in ihrer vielfältigen Bedrohung schützen.

Hingegen ist beschlossen worden, daß die *römische Bischofssynode* im Herbst 1974 sich mit dem Thema „*Verkündigung des Evangeliums heute*“ beschäftigen wird —, einem Gegenstand, der noch der Eingrenzung bedarf, wenn er nicht unübersehbar ausufern soll. Moderne, zeitgemäße Formen und Mittel der Verkündigung, Aufbereitung des Inhalts, Anpassung an die jeweilige Umwelt werden da hineinspielen —, das Ganze überdies aktualisiert durch das etwa gleichzeitig stattfindende *Jubiläum* oder das „*Heilige Jahr*“, das der Papst am 9. Mai bereits angekündigt hat. Befreit von historischem Ballast, soll dieses Jubiläum ein „Jahr der Versöhnung“ und damit des ökumenischen, sozialen und politischen Friedens werden und in einer ersten Phase von Pfingsten 1973 bis Ende 1974 zunächst in den „*Ortskirchen*“ in aller Welt das Bewußtsein der Gläubigen beleben, selbst Kirche, selbst Gemeinde und Volk Gottes zu sein, ehe das mehr traditionelle „*Heilige Jahr*“, an dessen Schwelle die Bischofs-

synode tagen wird, in Rom eröffnet werden und das besondere Dienstamt des Nachfolgers Petri an der Einheit und Liebe aller Getauften in anziehender und ausstrahlender Weise darstellen soll.

Diese Einheit des Gottesvolkes, in der alten Kirche in staunenswerter Weise ablesbar in der gemeinsamen Sorge um den wahren Glauben, wird in unseren Tagen deutlich in der gemeinsamen Bemühung um das rechte Leben. Indem sich so die Kirche in alles Menschliche, Gesellschaftliche und sogar Politische hineinbegibt, gewinnt auch ihre Selbstdarstellung bei bestimmten Anlässen eine je andere Färbung. So zeigte auch der 40. *Eucharistische Kongreß in Melbourne* (Australien) bei aller Treue zu herkömmlichen Formen und zum ursprünglichen rein religiösen Sinn doch auch eine ausgesprochen innerweltliche Bezogenheit und bemühte sich um eine konkrete Botschaft für den Kontinent, auf dem er stattfand, und für die weiten Räume des Fernen Ostens. Ähnliches wird man von den *Synoden* und vergleichbaren Versammlungen sagen können, die in manchen Ländern zusammentraten (Deutschland, Schweiz, Holland). Die kleinen Zwischenfälle, die es gelegentlich dabei gab und die in Zeitungsberichten meist hochgespielt und in verzerrten Proportionen dargeboten wurden, können den Ernst nicht verdunkeln, mit dem hier die Kirchen bestimmter Gebiete – und zwar Bischöfe und Laien gemeinsam – daran arbeiten, ihrem Auftrag an die Umwelt besser gerecht zu werden. Indem sie ihre je eigene Physiognomie besser herausformen, zerstören sie nicht nur nicht die Geschlossenheit des Gottesvolkes, sondern sie dienen vielmehr seiner Einheit, die in unserer differenzierten Weltwirklichkeit nur in der Weise eines gesunden, sachgerechten und ausgewogenen Pluralismus möglich ist.

An dieses nur scheinbare Paradox wird man sich – auch in Rom – gewöhnen müssen. Es ist nicht leicht, jeweils deutlich zu bestimmen, wo der Dialog aufhört und der Kampf beginnt. So haben z. B. die *französischen* Bischöfe anlässlich ihrer Plenarversammlung in Lourdes im Spätherbst 1972 nicht nur das heikle innerkirchliche Problem des Priesterbildes behandelt, sondern auch sehr furchtlos das Thema „*Christliche Politik*“ aufgegriffen, das durch die damals bevorstehenden allgemeinen Wahlen besonders aktuell und brisant war. Ferner hat eine Bischofskommission zusammen mit protestantischen Kirchenvertretern deutlich *gegen die Waffenlieferungen*, die von der französischen Regierung getätigt oder doch gefördert werden, Stellung genommen.

Bekannt geworden ist auch der latente, fortschwelende Konflikt zwischen dem *spanischen Episkopat* – oder doch einem gewichtigen Teil desselben – und der Regierung, wobei es sich vordergründig um Auslegung oder Kündigung des bestehenden Konkordats handelt, letzten Endes aber um Grundsatzfragen, die ganz konkret das Verhältnis von Staat und Kirche im Spanien unserer Tage betreffen, wobei die Mehrheit der Bischöfe Spaniens ganz offensichtlich ein anderes Zukunftsbild vor Augen hat als die gegenwärtige Regierung.

In alldem hat man den Eindruck, daß Rom den nationalen Bischofskonferenzen weitgehend freie Hand läßt, sich zu artikulieren, und sich darauf beschränkt, gegebenenfalls bei günstiger Gelegenheit oder zwingender Notwendigkeit einzugreifen. Bei den jüngsten Bischofsnennungen in Spanien – aber auch in der Tschechoslowakei – konnte man erkennen, daß trotz aller Spannungen eine kooperative Bereitschaft vorhanden ist, wobei es freilich nie ohne Kompromisse und Konzessionen von beiden Seiten abgeht.

In großem Maßstab wurde der neue Stil des Zusammenspiels zwischen Mittelpunkt und Peripherie, zwischen der Kirche Roms und den Kirchen Christi in aller Welt, bei dem *letzten Konsistorium vom 5. März* sichtbar, bei dem der Papst 30 neue Kardinäle kreierte und auch die Namen der beiden beim vorigen Konsistorium „in petto“ Ernannten bekannt gab, von denen der eine freilich inzwischen verstorben war, während der Bekennerbischof Trochta von Leitmeritz wenige Wochen später die Insignien seiner

Würde in Rom entgegennehmen konnte. Auch bei dieser Gelegenheit der Kardinals-ernennungen bewährte sich wieder das unvergleichliche Geschick des Papstes und seiner Berater, überkommene Einrichtungen zu bewahren und sie zugleich mit neuem Sinn und Inhalt zu erfüllen, so daß sie sich als lebensfähig und wirksam zu erweisen vermögen. Man kann das kritisch „neuen Wein in alte Schläuche füllen“ nennen, würde aber der Sache kaum gerecht. Neuen Fakten wird auf kluge und schonende Art Rechnung getragen, etwa der Tatsache, daß 49 Prozent aller Katholiken heute in der „Dritten Welt“ — was immer man darunter verstehen mag — leben. Sie waren und sind auch jetzt noch im „Heiligen Kollegium“ unterrepräsentiert; aber in etwa hat sich das Ungleichgewicht durch die jüngsten Ernennungen zu ihren Gunsten verschoben, und sie selbst sowohl wie ihre Staaten wissen dem Papst Dank für diese Ehre und Erhöhung. Zugleich aber mit dieser fortschreitenden Internationalisierung des „Obersten Senats der Kirche“ behält der Papst die veränderte Rolle im Auge, die diesem Gremium in Zukunft zustehen soll und die nicht mehr die gleiche bleiben kann wie in früheren Zeiten. Indem er den veränderten Verhältnissen Rechnung trägt, bestätigt er die Anordnung, nach der das Recht zur Teilnahme an der Papstwahl mit der Erreichung des achtzigsten Jahres erlischt, und verfügt ferner, daß das Wahlrecht der Kardinäle auf 120 von ihnen begrenzt wird, während gleichzeitig die Zahl der Wähler durch andere Vertreter des Weltepiskopates erweitert werden soll. Ein neues Papstwahlgesetz, das diese Fragen im einzelnen regelt, steht jedoch noch aus.

Vom zweiten vatikanischen Konzil hat man gesagt, es habe die *geschichtliche Komponente* im Wesen, Wirken und Glauben der Kirche entdeckt und damit auf vielen Gebieten (und nicht ohne Gefahren heraufzubeschwören) die historisch-kritische Methode bestätigt und ermutigt. Als Folge und als besonderer Aspekt davon mag gelten, daß seither zunehmend das *politische* Element und Engagement im kirchlichen Leben und theologischen Denken eine hervorragend wichtige Rolle spielt. In fast allen Bereichen, die bisher in diesem Überblick erwähnt wurden, ist das denn auch sichtbar geworden. Hingegen bleibt nach wie vor *Kirchenpolitik im engeren Sinn* mehr oder minder dem Vatikan, oder, um es formelhaft zu sagen: der Kirche als Staat, vorbehalten, d. h. dem Papst und seinem Regierungsapparat, vor allem dem Staatssekretariat und den diplomatischen Vertretern des Hl. Stuhles.

Dabei steht über aller päpstlichen Politik als Leitstern und Endziel nach wie vor *der Friede*. Erst spätere Dokumentenveröffentlichungen werden etwa zeigen, wieweit die päpstliche Diplomatie an der freilich noch immer bedrohten Beendigung des Krieges in *Indochina* beteiligt war. Es ist indessen bekannt geworden, daß Paul VI. sich sogar nicht gescheut hat, italienische Kommunisten als Überbringer von Noten an die Regierung von Nordvietnam zu benutzen, um seine guten Dienste anzubieten. Sicher bestand Fühlung nach allen Seiten und mit allen Beteiligten. Die als Mittel zur Erreichung des Waffenstillstands eingesetzten schweren Bombardements von Nordvietnam durch die USA hat der Papst zwar schmerzlich bedauert, ohne sie aber im eigentlichen Sinn zu verurteilen, die endlich erreichte Einigung hat er freudig und hoffnungsvoll begrüßt.

Dem anderen latenten Kriegsschauplatz *im Nahen Osten* galt und gilt seine besondere Sorge. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß Paul VI. am 15. Januar den Ministerpräsidenten von Israel, Frau Golda Meir, empfangen hat. Die Tatsache dieser direkten Fühlungnahme mit dem Regierungschef eines Staates, dem der Vatikan bisher seine offizielle Anerkennung verweigert, ist wichtiger und zukunftssträchtiger als die wirre und unschöne Begleitmusik und die erregten Kommentare, die dieses Ereignis hervorgerufen hat. Freilich ist weiterhin die Aussicht auf einen echten Frieden nicht günstig und der Spielraum für eine päpstliche Vermittlung überaus beschränkt. Tragischer fast ist die Tatsache, daß es kirchlichem Einfluß — sei es der Ortskirche, sei

es dem Hl. Stuhl – einstweilen nicht gelingen wollte, dem Blutvergießen in *Nordirland* ein Ende zu setzen, obwohl – oder gerade – weil es hier nicht zuletzt um religiöse Gegensätze und Fanatismen geht. Man kann nur weiter hoffen, daß die politische Vernunft und der Sinn für Gerechtigkeit endlich doch die Oberhand gewinnen.

Merkwürdig schwach erscheint auch der Einfluß des Hl. Stuhls dort, wo er die größten Aussichten haben sollte: in *Italien*. Hier nehmen Gewalt, Kriminalität, politische Unrast, sozialer Unfriede bedrohlich überhand, und der Vatikan scheint in den entscheidenden Fragen politische Abstinenz zu üben, was bei den delikaten und geschichtlich so belasteten Beziehungen zwischen Staat und Kirche in diesem Lande zwar einigermaßen begreiflich ist, sich aber doch gerade hier verhängnisvoll auswirken könnte.

Anderen Ländern gegenüber fühlt sich der Hl. Stuhl sichtlich freier. So verlief der *Staatsbesuch von Bundespräsident Heinemann* im Vatikan Ende März sehr harmonisch und für beide Teile offenkundig befriedigend, wenn auch vermutlich in dem Gespräch unter vier Augen zwischen dem Oberhaupt der katholischen Kirche und dem überzeugten Protestanten alles Trennende auf religiösem und politischem Gebiet ausgeklammert worden war. Dazu gehörte wohl auch das *Verhältnis zur DDR*, die offensichtlich nach diplomatischer Anerkennung durch den Hl. Stuhl und Botschafteraustausch zwecks weiterer internationaler Aufwertung strebt und in dieser Richtung schon Fühler ausgestreckt hat. Einstweilen wird sie sich mit der Rangerhöhung der auf ihrem Gebiet tätigen bischöflichen Kommissare zu Apostolischen Administratoren begnügen müssen, aber auf längere Sicht wohl ihr Ziel erreichen.

Noch immer gilt, daß der Vatikan als Staat sich treuhänderisch für die Weltkirche verantwortlich weiß, ohne freilich mit ihr schlechthin identisch zu sein. Mit feinen Wahrnehmungsorganen ausgestattet, beobachtet er sorgfältig die politischen Veränderungen, Spannungen, Schwerpunktverschiebungen, um aus der jeweiligen Lage den größtmöglichen Vorteil für den Zustand der Religion zu gewinnen. Wer wollte ihm das verübeln? Eher wäre das Gegenteil verdammenswert. So erklärt sich denn auch seine grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft und sein gelegentlich weitgehendes Entgegenkommen gegenüber politischen Mächten und sozialen Systemen, die ausgesprochen kirchen- und religionsfeindlich sind, aber doch aus taktischen Gründen einen *modus vivendi* mit der Kirche anstreben. Davon ist etwa das Verhalten und Verhandeln des Hl. Stuhls mit den Ostblockstaaten und überhaupt allen kommunistischen Ländern bestimmt. Daraus folgern zu wollen, der Vatikan sehe „unfehlbar“ voraus, daß dem kommunistischen Sozialismus fast zwangsläufig und überall die Zukunft gehöre, hieße pragmatisch kluges Handeln mit prophetischer Schau verwechseln –, eine Deutung, die nicht einmal dann methodisch richtig wäre, wenn die schlechthin unvorhersehbaren Tatsachen sie eines Tages faktisch bestätigen würden.